BRIGITTE ZYPRIES
BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ

MOHRENSTRASSE 37
10117 BERLIN
TELEFON 018 88-580 9000
TELEFAX 018 88-580-9043
E-MAIL: ministerin@bmj.bund.de

An den
Vorsitzenden des Instituts für Textkritik
Herrn Prof. Dr. Roland Reuß
Ezanvillestraße 38
69118 Heidelberg

24. April 2009

Sehr geehrter Herr Professor Reuß,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19. April 2009, mit dem Sie mir den „Heidelberger Appell" übersandt haben.

Ich teile voll und ganz Ihre Empörung über die illegale Digitalisierung und Veröffentlichung von urheberrechtlich geschützten Büchern durch das Unternehmen Google. Das Verhalten von Google, Bücher in großem Umfang ohne Einwilligung der Rechtsinhaber zu digitalisieren und zu veröffentlichen und erst danach über Vergütungen zu verhandeln, ist nicht aktzeptabel. Ich halte es nun für wichtig, dass die betroffenen deutschen Autoren und Verleger mit einer Stimme sprechen und verhandeln. Deshalb ist es richtig, dass die VG Wort und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels gemeinsam im Interesse der Betroffenen handeln.

Der Schutz der Urheber war mir schon immer ein wichtiges Anliegen, und ich meine, wir haben hier schon einiges erreicht. Ein Fall wie „Google" wäre in Deutschland nicht denkbar. Das deutsche Recht kennt keine so genannte „class action", bei der eine gerichtliche Entscheidung nicht nur für die Beteiligten, sondern für alle Mitglieder einer „class", also etwa die gesamte Autorengemeinschaft, gilt. Bei uns kann jeder Rechtsinhaber für sich entscheiden, ob und wie er gegen eine Urheberrechtsverletzung vorgehen will. Wird ein Werk ohne seine Einwilligung digitalisiert und online gestellt, kann er nicht nur Schadensersatz verlangen, sondern auch die Löschung und das Unterlassen weiterer rechtswidriger Nutzungen in der

Zukunft. Die Geltendmachung dieser Ansprüche haben wir zuletzt mit dem Gesetz zur Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums erleichtert, das am 1. September 2008 in Kraft getreten ist. Es gibt den Kreativen in Deutschland ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Internetpiraterie an die Hand.

Ich werde mich auch weiterhin intensiv dafür einsetzen, den Schutz der Urheber zu stärken und das Urheberrecht fit zu machen für das digitale Zeitalter. Derzeit arbeiten wir auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene an Mechanismen, mit denen wir Urheber vor den digitalen Missbrauchsmöglichkeiten schützen können. Hierbei haben wir natürlich auch die Auswirkungen der in Ihrem Appell angesprochenen „Open-Access-Bewegung" im Blick.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Brigitte Zypries

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Freiheit
Einheit
Demokratie

Dr. Thomas de Maizière
Bundesminister

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin
TEL +49 30 18 400-2070

Herrn
Prof. Dr. Roland Reuß
Vorsitzender des
Instituts für Textkritik
Ezanvillestraße 38
69118 Heidelberg

Berlin, 24. April 2009

Sehr geehrter Herr Professor Reuß,

haben Sie Dank für Ihr Schreiben vom 19. April 2009, mit dem Sie auf den vielfach unterstützten „Heidelberger Appell" aufmerksam machen und eine konsequente Verteidigung des bestehenden Urheberrechts, der Publikationsfreiheit und der Freiheit von Forschung und Lehre fordern.

Der Schutz geistigen Eigentums ist mir ein wichtiges Anliegen. Hierzu gehört selbstverständlich auch ein effektiver Schutz urheberrechtlich geschützter Werke im Internet. Die Bundesregierung beteiligt sich daher aktiv an den gegenwärtigen Überlegungen auf nationaler und europäischer Ebene, wie dieser Schutz verbessert werden kann. In diesem Rahmen werden wir selbstverständlich die Auswirkungen des von Ihnen angesprochenen Rechtsstreits berücksichtigen.

Die weitere Entwicklung der von Ihnen gleichfalls angesprochenen "Open-Access-Bewegung" werden wir weiterhin aufmerksam beobachten. Sollte sich die damit verbundene Erwartung, im Rahmen des geltenden Urheberrechts Wissenschaft und Forschung durch einen erleichterten Zugang zu vorhandenen Erkenntnissen anderer Forscher auf demselben Gebiet zu fördern, als unberechtigt erweisen, wird ein regulatorischer Handlungsbedarf zu prüfen sein.

Mit freundlichen Grüßen